

Antrag 59/I/2025**SPDqueer Berlin Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisung BPT-Delegation + LV (Konsens)****Sicherheit für Genoss*innen bei der politischen Arbeit im internen und externen Sinne**

- 1 Die politische Arbeit steht unter dem Eindruck zahlreicher
- 2 innen- und außenpolitischer Krisen und Konflikte. Da-
- 3 durch verschärfte sich das Klima innerhalb der deutschen
- 4 Bevölkerung, wodurch die Unsicherheit für die Wahl-
- 5 kämpfenden, aber auch für externe Akteure (zivilgesell-
- 6 schaftliche Organisationen) steigt.
- 7
- 8 Dafür wurde eine Handreichung zum Umgang mit Gewalt
- 9 aus dem Jahr 2024 durch die Bundes-SPD zur Verfügung
- 10 gestellt. Diese hätte jedoch noch aktiver und gegebenen-
- 11 falls in kürzerer Form an die Vorsitzenden der verschiede-
- 12 nen Organisationseinheiten innerhalb der SPD rausgege-
- 13 ben werden sollen. Hier empfiehlt es sich eine Aktualisie-
- 14 rung, hinsichtlich der veränderten Rahmenbedingungen,
- 15 kontinuierlich vorzunehmen.
- 16
- 17 Darüber hinaus sollten Workshops für Wahlkämpfer*innen
- 18 und auch Genoss*innen generell angeboten werden. Die-
- 19 se könnten in unterschiedliche Themenschwerpunkte un-
- 20 tertelt und in einer Art Modularsystem angeboten wer-
- 21 den. Dabei ist auch die Strategieänderung der Angreifen-
- 22 den zu berücksichtigen.
- 23
- 24 Für die Genoss*innen gilt grundsätzlich, dass man ihnen
- 25 die Ängste durch Beistand nehmen kann und sie zielge-
- 26 richtet fragen sollte welche Art von Unterstützung sie be-
- 27 nötigen. Dabei können die Vorsitzenden der verschiede-
- 28 nen Organisationseinheiten innerhalb der SPD eine wich-
- 29 tige Schnittstellenfunktion einnehmen.
- 30
- 31 Darüber hinaus ist die Frage zu stellen, wo sich die Be-
- 32 troffenen – gerade im suburbanen und ländlichen Raum
- 33 – melden sollen und welche Art von Reaktion dies auslö-
- 34 sen kann/wird.
- 35
- 36 Hier wäre auch eine besondere Aufbauorganisation in
- 37 Form eines Security Operations Center (SOC) denkbar. Die-
- 38 se Kräfte benötigen das Wissen, das Geschehnis zu doku-
- 39 mentieren („Meldewichtige Ereignisse“), Anzeigen vorzu-
- 40 bereiten (hierbei auch Schwellen des Anzeigeverhaltens
- 41 festlegen), die Versorgung der Betroffenen zu gewährleis-
- 42 ten und auf qualifizierte Zeugenaussagen vorzubereiten.
- 43
- 44 Zu überlegen ist auch, wie Sicherheitsstrukturen aufge-
- 45 baut werden können, die mitgliedsschwache Flächenge-
- 46 biete abdecken sollen. Dies kann zum Beispiel landkreis-
- 47 übergreifend in den Unterbezirken organisiert werden.

48 Inhalt der Sicherheitsstrukturen sollten neben dem Ein-
 49 satz von Abwehrmitteln/ Maßnahmen, die geeignet sind,
 50 um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff abzu-
 51 wehren, auch andere Kreis-, Abteilungs- und Formatspe-
 52 zifische Maßnahmen festlegen. Dazu zählen beispielswei-
 53 se auch eine Übersicht der umliegenden Krankenhäuser
 54 sowie Ansprechstellen der psychosozialen Notfallversor-
 55 gung (PSNV).

56
 57 Wenn etwas passiert ist, sollte ein Plan vorliegen, wie
 58 durch die unterschiedlichen Ebenen vorzugehen ist. Dies
 59 beinhaltet die bereits genannten Vorschläge, aber auch
 60 die Teilnahme und das Signal „wir kümmern uns um
 61 unsere Leute“.

62

63 **Forderung:**

64 Die politische Arbeit steht unter dem Eindruck zahlrei-
 65 cher innen- und außenpolitischer Krisen und Konflikte.
 66 Dadurch verschärfte sich das Klima innerhalb der deut-
 67 schen Bevölkerung, was die Unsicherheit für Genoss*in-
 68 nen bei der politischen Arbeit sowie für externe Akteure,
 69 wie zivilgesellschaftliche Organisationen, erhöht.

70 Um dem entgegenzuwirken, fordern wir:

71

- 72 • Eine verstärkte und gezielte Verbreitung der Hand-
 73 reichung zum Umgang mit Gewalt (2024) an Vor-
 74 sitzende der verschiedenen Organisationseinheiten
 75 innerhalb der SPD sowie eine kontinuierliche Aktua-
 76 lisierung in Anbetracht sich wandelnder Rahmenbe-
 77 dingungen.
- 78 • Die Einführung von Workshops für Wahlkämpfer*in-
 79 nen und Genoss*innen allgemein, die modular auf-
 80 gebaut sind und unterschiedliche sicherheitsrele-
 81 vante Themenschwerpunkte abdecken. Dabei muss
 82 die Anpassung an sich ändernde Strategien von An-
 83 greifenden berücksichtigt werden.
- 84 • Eine klare Strukturierung der Unterstützung für Be-
 85 troffene durch die Vorsitzenden der verschiedenen
 86 Organisationseinheiten, um Ängste abzubauen und
 87 bedarfsgerechte Hilfsangebote bereitzustellen.
- 88 • Die Einrichtung eines Security Operations Centers
 89 (SOC), insbesondere zur besseren Erfassung und Be-
 90 arbeitung von sicherheitsrelevanten Vorfällen. Das
 91 SOC soll:
 - 92 – meldewichtige Ereignisse dokumentieren,
 - 93 – die Vorbereitung von Anzeigen unter Berück-
 94 sichtigung von Schwellenwerten des Anzeige-
 95 verhaltens unterstützen,
 - 96 – die Versorgung von Betroffenen gewährleis-
 97 ten,
 - 98 – qualifizierte Zeugenaussagen vorbereiten.
- 99 • Die Entwicklung und Implementierung von Sicher-
 100 heitsstrukturen zur Abdeckung mitgliedsschwacher

Flächengebiete, insbesondere durch kreisübergreifende Kooperationen in den Unterbezirken. Diese sollen:

- Abwehrmaßnahmen gegen rechtswidrige Angriffe beinhalten,
- Kreis-, Abteilungs- und Formatspezifische Maßnahmen zur Sicherheit festlegen,
- Eine Übersicht über umliegende Krankenhäuser und Anlaufstellen der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) enthalten.

- Die Erstellung eines klaren Handlungsplans für den Ernstfall, der neben organisatorischen und sicherheitsrelevanten Maßnahmen auch die kommunikative Begleitung und solidarische Anteilnahme sicherstellt.

Begründung

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung sowie die Zunahme an Anfeindungen und Übergriffen auf politisch Engagierte erfordern konkrete Sicherheitsmaßnahmen seitens der Partei. Der Schutz von Genoss*innen bei der politischen Arbeit muss als essenzieller Bestandteil der politischen Arbeit angesehen werden. Die bestehenden Strukturen müssen daher angepasst und erweitert werden, um sowohl vorbeugend als auch im Ernstfall adäquat reagieren zu können.

Die Bereitstellung und stärkere Kommunikation von Handreichungen, gezielte Schulungen sowie eine optimierte Melde- und Hilfestruktur sind unerlässlich, um eine sichere Arbeitsumgebung für Genoss*innen zu gewährleisten. Das vorgeschlagene Security Operations Center kann hierbei als zentrale Anlaufstelle für sicherheitsrelevante Ereignisse fungieren und dabei helfen, systematisch und professionell auf Bedrohungslagen zu reagieren.

Eine parteiinterne Vernetzung sicherheitsrelevanter Maßnahmen sowie eine solidarische und strukturierte Unterstützung von Betroffenen sind entscheidende Schritte, um die Sicherheit und das Wohlbefinden politisch Engagierter nachhaltig zu verbessern.